

NZZ am Sonntag

Nahostkonflikt

Die Araber sind auf einem Auge blind

Es ist das altbekannte Schauspiel: Palästinensische Raketen schlagen in Israel ein, die israelische Armee übt Vergeltung. Oder umgekehrt: Auf Gaza gehen israelische Bomben nieder, die islamistische Hamas schlägt zurück. Wie immer ist die Solidarität der Araber mit ihren palästinensischen Brüdern gross. Noch gibt es auf den Strassen von Kairo und Tunis keine Grosskundgebungen, doch in den sozialen Netzwerken im Internet bricht sich unbändige Wut über Israel Bahn. Den Israeli wird gar vorgeworfen, in Gaza einen Genozid zu betreiben. Die Empörung über Israels Vorgehen ist nicht unbegründet: Wie bei jedem Schlagabtausch ist die Zahl der Getöteten und Verletzten auf palästinensischer Seite deutlich höher. Dennoch entsteht der Eindruck, da werde mit unterschiedlichen Ellen gemessen. Nur unweit von Gaza tobt ein Bürgerkrieg, dessen Brutalität und Intensität die dortigen Ereignisse um das Mehrfache übertrifft. Der Konflikt in Syrien hat in 20 Monaten gegen 40 000 Todesopfer gefordert. Die Zahl zum Vergleich: Im israelisch-palästinensischen Konflikt wurden in den vergangenen 12 Jahren über 6500 Palästinenser getötet. Natürlich ist die Opferzahl nicht der einzige Indikator des Leids. Dennoch ist bemerkenswert, wie viel leichter es vielen Palästina-Sympathisanten fällt, israelische Aggression zu geisseln als die brutale Gewalt eines arabischen Diktators gegen sein eigenes Volk. Nirgendwo ist das Freund-Feind-Schema einfacher als im Palästina-Konflikt, nirgendwo sind die Emotionen stärker. So verliert man die Relationen nur zu schnell aus den Augen. (at.)

Kunsthhaus Zürich

Die Erweiterung ist wichtig für die Bürger der Stadt

Das Kunsthaus Zürich soll einen Erweiterungsbau bekommen. Am nächsten Wochenende stimmen die Zürcher darüber ab, ob ihre Stadt das Projekt des renommierten britischen Architekten David Chipperfield mit 88 Millionen Franken unterstützen soll. Lange Zeit sah es so aus, als würde dem 206-Millionen-Bau gegenüber dem bestehenden Kunsthaus-Komplex kein Widerstand erwachsen. Das hat sich in den letzten Wochen geändert. Warum? Zum einen, weil Wähler und Betroffene sich erst vor der Stimmabgabe mit den Vorlagen auseinandersetzen. Zum anderen aber vor allem wegen einer unglücklichen Kommunikation. Lange Zeit hat die Kunsthaus-Leitung es versäumt, bei Sammlern, Kunstfreunden und Bürgern vor Ort für das Vorhaben zu werben. Das internationale Standing des Kunsthauses stand im Vordergrund: Man brauche die Erweiterung, um im Konzert der grossen Häuser in Europa mitspielen zu können. Und ein grösseres Kunsthaus könnte mehr Touristen anziehen. Das mag der Fall sein. Wichtiger ist aber etwas anderes: Das Kunsthaus braucht diese Erweiterung, damit es für die Bürgerinnen und Bürger von Zürich attraktiver wird. Damit es andere und bessere Ausstellungen zeigen kann. Damit die Sammlung glänzt und Sammler einen attraktiven Ort für ihre Werke finden. Damit auch Platz da ist für die Kunst aus der Region. Und damit wir endlich die Sammlung Bühle sehen können, die über viele Jahrzehnte nur sehr begrenzt zugänglich war. Wir wollen mit unseren Besuchern nicht mehr vor verschlossenen Türen stehen. Dafür ist die Erweiterung nötig. (gm.)

Teilzeit-Regierungsrat

Schön flexibel bleiben

Baschi Dürr, freisinniger Regierungsratskandidat im Kanton Basel-Stadt, möchte sich auch nach der Wahl weiterhin einen halben Tag um seine Familie kümmern. Das gehe nicht, sagt Womöglichbald-Kollegin Eva Herzog: Regierungsrat zu sein, erfordere 100-prozentige zeitliche Verfügbarkeit, allein schon der vielen Sitzungen wegen. Die Sozialdemokratin lebt in puncto Arbeitsmodelle offenkundig noch im letzten Jahrhundert. Gewiss, ein Exekutivamt ist anspruchsvoll und zeitraubend. Aber erstens denkt der regierungsrätliche Kopf nicht nur, wenn er in der Amtsstube weilt, und zweitens sind von den vielen Sitzungen auch viele überflüssig. Als seine Kinder klein waren, hat der Innerrhoder Regierungsrat Carlo Schmid Besprechungen zuweilen am Familientisch abgehalten. Der Kanton wurde deshalb nicht schlechter regiert, vielleicht aber etwas speditiver. Man wundert sich: Sind die Basler am Ende etwa konservativer als die Appenzeller? (pho.)

Chappatte



Konflikt im Nahen Osten.

Der externe Standpunkt

Die Zahl der Maturanden zu senken, ist ein Unsinn

Bundesrat Schneider-Ammann will weniger Maturanden. Er liegt falsch. Leute mit Hochschulabschlüssen sind im Arbeitsmarkt gefragt. Darum soll die Maturaquote steigen, meint Daniel Oesch

Bundesrat Johann Schneider-Ammann äusserte in der «NZZ am Sonntag» einen bemerkenswerten Wunsch: Er hätte lieber weniger Maturanden, dafür mehr Lehrlinge. Denn im Grunde sei jede Gesellschaft eine Pyramide mit einigen Intellektuellen oben und vielen Handwerkern unten. Erhöhe man nun die Maturitätsquote, ernte man bloss eine höhere Arbeitslosenquote – wie der Blick auf die Romanie zeige. Dieser bundesrätliche Exkurs in Sozialphilosophie ist höchst originell. Nur steht er leider in krassem Widerspruch zur Entwicklung von Beschäftigung, Einwanderung und Arbeitslosigkeit.

Beginnen wir mit der Entwicklung der Beschäftigungsstruktur. Eine einfache Analyse zeigt uns, wo der Arbeitsmarkt seit 1991 gewachsen ist. Dazu werden alle Berufe nach Ausbildungslänge klassiert und in fünf gleich grosse Kategorien unterteilt, sogenannte Quintile. Das erste Quintil umfasst die Berufe mit den kürzesten Ausbildungen (wie Putzhilfen und Bau-Hilfsarbeiter), die fünfte Kategorie jene mit den längsten Ausbildungsgängen (wie Ärzte und Anwälte). Die schweizerische Arbeitskräfteerhebung ermöglicht es uns, die Veränderung in jeder Kategorie zu verfolgen. Das Resultat ist eindeutig. Zwischen 1991 und 2008 ist die Beschäftigung im vierten und fünften Quintil um gesamthaft 510 000 Stellen gewachsen, während sie in den unteren drei Kategorien um 200 000 Stellen geschrumpft ist. Offensichtlich entfernt sich unsere Berufsstruktur jedes Jahr stärker von der Pyramide.

Die Nachfrage der Wirtschaft nach verschiedenen Ausbildungen kann auch mit Migrationsdaten untersucht werden: Welche Qualifikationen rekrutieren Schweizer Unternehmen im Ausland? Ein im Mai erscheinender Bericht des Bundes belegt, dass 54 Prozent der seit 2002 eingewanderten Europäer über einen Abschluss einer Universität oder Fachhochschule verfügen. Das Bildungsniveau der neuen Einwanderer – insbesondere der Deutschen und Franzosen – übertrifft folg-

lich jenes der ansässigen Bevölkerung deutlich. Bereits 2010 machte der Basler Ökonom George Sheldon darauf aufmerksam, dass der Bund leidenschaftlich am Lehrlingswesen herumschraube, während es der Wirtschaft vor allem an Leuten mit Tertiärabschluss mangle. Dank dem freien Personenverkehr finden die Firmen diese Fachleute im benachbarten Ausland.

Auch bezüglich Arbeitslosigkeit verwundert die bundesrätliche Analyse. 1998 lag die Arbeitslosenquote für Personen mit einer Lehre und jene mit einem tertiären Abschluss gleichauf. Seither hat sich die Schere kontinuierlich geöffnet. Heute übertrifft die Arbeitslosenquote für Leute mit einer Lehre diejenige von Leuten mit einem Tertiärabschluss um das 1,4-Fache. Es ist deshalb unsinnig, Lehre und Matura gegeneinander auszuspielen. Solange ein Tertiärabschluss bessere Berufs- und Lohnperspektiven eröffnet, soll die Maturandenquote weiter steigen. Die wahre Herausforderung für unsere Bildungspolitik liegt anderswo: Wie kann der Anteil der Jungen verringert werden, die das Bildungssystem nach der obligatorischen Schulpflicht verlassen? Pro Jahr tun dies im Schnitt zehn Prozent – und die Arbeitslosenquote der Erwerbstätigen ohne weitere Ausbildung liegt hoch:

acht Prozent oder das 2,7-Fache der Beschäftigten mit einem Tertiärabschluss. Die Lehre hat folglich ein grosses Wachstumspotenzial. Dieses liegt jedoch bei den Jungen, die nach neun Schuljahren ihre Ausbildung abbrechen – und nicht darin, den Weg zur Matura zu versperren.

Angesichts dieser Zahlen stellt sich die Frage, worauf Schneider-Ammann seine Diagnose abstützt. Zwei Hypothesen dazu: Erstens hat der frühere Unternehmer aus der Industrie auf die gesamte Wirtschaft geschlossen. In der Schweizer Industrie haben 57 Prozent der Erwerbstätigen eine Lehre und nur 21 Prozent eine gymnasiale Matura abgeschlossen. Nun ist die Industrie aber wenig repräsentativ für andere Branchen. So ist etwa bei den wachsenden Dienstleistungen für Firmen der Anteil der Beschäftigten, die eine Lehre (46 Prozent) oder eine gymnasiale Matura (43 Prozent) absolviert haben, fast gleich gross. Schlecht trifft die Metapher der Pyramide auf Wachstumsbereiche wie Beratung, Forschung, Informatik oder Gesundheit zu.

Die zweite Hypothese ist, dass Schneider-Ammann nur einen kleinen Teil der Bevölkerung für bildungsfähig bis zur Matura hält. Dieselbe Skepsis war zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den europäischen Eliten weit verbreitet, als es darum ging, die Sekundarschule für das breite Volk zu öffnen. Das amerikanische Modell der obligatorischen High School wurde als Ressourcen-Verschwendung betrachtet. Die Eliten befürchteten auch später bei jedem Ausbauschritt des Bildungssystems eine Nivellierung nach unten – und jedes Mal erwies sich ihre Befürchtung als unbegründet. Bauernkinder, Arbeiterkinder und selbst Mädchen haben sich als sehr bildungsfähig erwiesen!

Es widerspricht nicht nur der sozialen Gerechtigkeit, die tertiäre Ausbildung und damit die gesellschaftlichen Logenplätze einer kleinen Oberschicht zu reservieren. Es entbehrt auch jeder wirtschaftlicher Logik.

Daniel Oesch



Daniel Oesch, 37, ist Assistenzprofessor am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Lausanne. Er forscht und lehrt in den Feldern Sozialstruktur und Arbeitsmarkt. Zuvor arbeitete er an Universitäten in Genf, Zürich und Barcelona und war sechs Jahre Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.